

**Niederschrift Nummer UBV/11/035**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr</b>	04.06.2019

<b>Sitzungsort</b>	<b>Sitzungsdauer</b>
Ratssaal des Ratstraktes	17:00 - 17:55 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender: Marco Morten Pufke

Schriefführer: Tim-Felix Heusner

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Herr Dirk Haverkamp	ordentl. Mitglied
Herr Dieter Kress	ordentl. Mitglied
Herr Klaus Kuhlmann	ordentl. Mitglied
Herr Uwe Reichelt	stv. Vorsitzender
Herr Andre Rocholl	ordentl. Mitglied
Herr Wolfgang Scholz	ordentl. Mitglied
Herr Kay Schulte	ordentl. Mitglied
Frau Manuela Veit	stv. Mitglied
Frau Monika Wernau	ordentl. Mitglied

**Christlich Demokratische Union**

Herr Karl-Otto Goerd	ordentl. Mitglied
Herr Gerd Miller	ordentl. Mitglied
Herr Marco Morten Pufke	Vorsitzender
Herr Martin Strunk	ordentl. Mitglied

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Thomas Grziwotz	ordentl. Mitglied
Herrn Rolf Humbach	stv. Mitglied

**BergAUF**

Herr Richard Bauer	ordentl. Mitglied
--------------------	-------------------

**Gäste**

Herr Harald Brückner	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
----------------------	-----------------------------------

**Von der Verwaltung nehmen teil**

Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters	Erster Beigeordneter
Herr Thomas Reichling	Amtsleiter
Herr Tim-Felix Heusner	Amtsleiter, zugleich Schriftführer

**Entschuldigt fehlen**

Frau Eva Knöfel	stv. Mitglied
Herr Hartmut Ramin	ordentl. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Auf den 1. Nachtrag mit Drucksachennummer 11/1582 und die Tischvorlage „Stellungnahme durch Straßen.NRW zum LKW-Nachtfahrverbot“ zum Tagesordnungspunkt 3 des öffentlichen Teils wird hingewiesen.

Herr Reichelt stellt einen Antrag, den Tagesordnungspunkt 1 des öffentlichen Teils sowohl für die Ausschusssitzung als auch für den Haupt- und Finanzausschuss und die Ratssitzung am 06.06.2019 abzusetzen. Da der Klimaschutz von besonderem Stellenwert sei, sollte die Ausrufung des Klimanotstands für Bergkamen mit ausreichendem Vorlauf und konkreter geprüft werden. Um die rechtlichen Konsequenzen und erforderlichen Maßnahmen abzustimmen, sei mehr Zeit für Beratungen vor einer Entscheidung notwendig.

Herr Grziwotz spricht sich für die Belassung des Tagesordnungspunktes aus, da der Klimanotstand als Zusatz zum beschlossenen Klimaschutzkonzept zu betrachten sei.

**Abstimmungsergebnis:** Dem Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 1 des öffentlichen Teils wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt  
ja 13 nein 3 enthalten -

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil:**

1	Benennung der Erschließungsstraße im Erschließungsgebiet WD 118 West "Berliner Straße"	<b>11/1565</b>
2	Antrag der Fraktion BergAUF zum Thema "Lärm-Reduzierung an Schul- und Jahnstraße"	<b>11/1569</b>
3	Antrag der Fraktion BergAUF zum Thema "Veröffentlichung der Ergebnisse der PCB-Reinigungsanlage auf Haus Aden durch die RAG"	<b>11/1570</b>
4	Einwohnerfragestunde	
5	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

**Öffentlicher Teil:**

**Tagesordnungspunkt 1:**

**Benennung der Erschließungsstraße im Erschließungsgebiet WD 118 West "Berliner Straße"**

**Vorlage: 11/1565**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, die im beigefügten Plan schraffiert dargestellte Straße im Baugebiet WD 118 West „**Im Brauck**“ zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**Tagesordnungspunkt 2:**

**Antrag der Fraktion BergAUF zum Thema "Lärm-Reduzierung an Schul- und Jahnstraße"**

**Vorlage: 11/1569**

Herr Bauer begründet den Antrag. Nach Aussage von Straßen.NRW gegenüber der Fraktion BergAUF könne die Stadt Bergkamen in eigener Verantwortung und Zuständigkeit Anordnungen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Durchfahrtsverbote aussprechen.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing Peters stellt klar, dass die Stadt Bergkamen als Straßenverkehrsbehörde lediglich auf Gemeindestraßen, nicht aber bei klassifizierten Straßen mit Kreis, Land oder Bund als Straßenbaulastträger eine Entscheidungshoheit besitze. In diesen Fällen ist eine Entscheidung stets im Einvernehmen mit dem jeweiligen Straßenbaulastträger zu treffen.

Dieses Einvernehmen sei im vorliegenden Fall bereits als unrealistisch bewertet worden. Diese Einschätzung wurde durch das Schreiben des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen vom 03.06.2019 ausdrücklich bestätigt.

Herr Bauer zieht den Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr zurück.

### **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Antrag der Fraktion BergAUF zum Thema "Veröffentlichung der Ergebnisse der PCB-Reinigungsanlage auf Haus Aden durch die RAG"**

**Vorlage: 11/1570**

Herr Bauer unterstreicht die inhaltliche Richtigkeit der Vorlage der Verwaltung. Zugleich soll durch den Antrag der Fraktion BergAUF mit der Ausschusssitzung am 09.07.2019 ein fester Termin in den Beschluss aufgenommen werden, um sicherzustellen, dass die Untersuchungsergebnisse zeitnah veröffentlicht werden.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing Peters weist auf den Konsens aller Ratsfraktionen hin und erinnert an die Resolution der Stadt Bergkamen aus dem Jahr 2014. Diese sehe eine größtmögliche Transparenz vor. Somit sollten neben den reinen Messergebnissen auch die Versuchsaufbauten und Ziele der Reinigungsanlage vorgestellt werden. Dies setze voraus, dass die Messungen am Standort Ibbenbüren abgeschlossen und analysiert seien und die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Bergbehörde bei der gemeinsamen Sitzung teilnehme.

Der Resolution und insbesondere der Forderung nach Transparenz sei auch in den vergangenen Jahren stets entsprochen worden. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung oder auch im Zuge der Wasserstadt Aden sei fortwährend Druck auf die RAG ausgeübt worden, ihre Verfahren technisch zu optimieren.

Herr Reichelt spricht sich dafür aus, dass die Bezirksregierung als „Staatsanwaltschaft“ den Termin zwingend begleite, damit den vorgestellten Ergebnissen durch die RAG nicht misstraut werde. Dies könne jedoch erst nach Abschluss aller Auswertungen und Beurteilungen externer Fachstellen wie z.B. des LANUV erfolgen. Nach offizieller Stellungnahme der RAG die Belastung in Bergkamen durch PCB nur sehr stark gering nachweisbar.

Herr Reichelt und Herr Miller fordern die Fraktion BergAUF auf, offensichtlich vorliegende Informationen aus RAG-internen Quellen umgehend vorzulegen und in der Ratssitzung am 06.06.2019 vorzustellen.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing Peters schlägt vor, den Beschlussvorschlag für die gesamte Beratungsfolge um den Begriff „schnellstmöglich“ zu ergänzen. Dieser Änderung wird zugestimmt.

#### **Beschluss neu:**

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen hat am 20.02.2014 einstimmig eine Resolution zur Verwertung von Reststoffen im Steinkohlenbergbau unter Tage beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 10/1398). Darin wird „angesichts der untätigen Verbringung von Reststoffen im Bereich des Bergwerks Haus Aden und angesichts der geplanten Neuorganisation der Grubenwasserhaltung durch die RAG AG“ insb. eine umfassende Information der Stadt Bergkamen als betroffene Belegenheitsgemeinde gefordert.

Anlässlich der Installation und des mittlerweile erfolgten Abbaus einer Pilotanlage zur Reinigung des Grubenwassers im Bereich des ehem. Bergwerks Haus Aden beschließt der Rat der Stadt Bergkamen, dass die Verwaltung die RAG schriftlich auffordert,

- Anlass, Ziel und Methodik der durchgeführten Messungen,
- deren Ergebnisse
- sowie die Schlussfolgerungen und den weiteren Umgang mit ihnen

zu veröffentlichen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die RAG schnellstmöglich für eine der nächsten Sitzungen des zuständigen Fachausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr einzuladen, um die o. g. Punkte den Ratsvertretern und der Öffentlichkeit darzustellen und zu erläutern.

Zu der gleichen Sitzung sollte zudem die Bezirksregierung Arnsberg eingeladen werden, um als zuständige Bergbehörde Stellung zu den gewonnenen Erkenntnissen und dem weiteren Vorgehen zu beziehen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **Tagesordnungspunkt 4:**

##### **Einwohnerfragestunde**

Das Wort wird nicht gewünscht.

#### **Tagesordnungspunkt 5:**

##### **Anfragen und Mitteilungen**

Vorsitzender Herr Pufke bittet um Sachstandsbericht zum Abbruch der Turmarkaden und zum Neubau der Moschee an der Erich-Ollenhauer-Straße.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing Peters berichtet, dass der bereits aufgestellte Bauzaun um das Gebäude auf die kurz bevorstehende Abbruchmaßnahme hindeutet. Nach Auskunft des Eigentümers sei der Auftrag an ein spezialisiertes Abbruchunternehmen bereits erteilt. Die „neue“ Landesbauordnung regelte seit dem 01.01.2019, dass die Beseitigung von Gebäuden nicht mehr baugenehmigungspflichtig sei. Dies bedeute, dass sämtliche betroffene Fachstellen, z.B. der Kreis Unna – Abfallwirtschaft / Immissionsschutz oder die Bezirksregierung – Arbeitsschutz, nicht mehr auf dem Dienstweg beteiligt und um Stellungnahme gebeten würden. Selbstverständlich seien diese Behörden durch die Bauaufsicht bereits mit Eingang der Anzeige informiert worden, damit diese in ihrer Zuständigkeit das Vorhaben beobachten und bearbeiten könnten. Auch die Stadt Bergkamen werde die Maßnahme begleiten, z.B. durch Überwachung von Reinigungsmaßnahmen im Umfeld der Baustelle oder der Kontrolle von nachbarschützenden Staubschutzmaßnahmen.

Der Moscheeneubau sei augenscheinlich seit ein paar Wochen ins Stocken geraten. Dies habe zunächst auf die rechtskräftige Baugenehmigung keine Auswirkungen, da ihre Gültigkeit erst bei einem Baustopp von länger als einem Jahr erlösche. Nach Aussage des Vorsitzenden des ditib-Moscheevereins Herrn Battal sei ein Wechsel des Bauunternehmers erforderlich und für den Stillstand der Baustelle verantwortlich. Spätestens im Sommer 2019 soll der Auftrag vergeben worden sein und auch wieder erkennbar weitergebaut werden.

Herr Reichling berichtet über das Schreiben der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna zur Führung der Linie R81 vom 15.04.2019 (Anlage zum Protokoll). Hiernach sei die im

Nahverkehrsplan vorgesehene Verlegung der R81 über die Landwehrstraße in Overberge aus Kostengründen nicht machbar.

Vorsitzender Herr Pufke informiert darüber, dass die jährliche stattfindende Radtour des Ausschusses für den 24.09.2019 geplant sei.

Zudem suchten der NABU und der Arbeitskreis Heimische Orchideen Freiwillige, bei der Orchideenwiesenmahd am 07.09.2019 vormittags zu helfen.

Marco Morten Pufke  
Vorsitzender

Tim-Felix Heusner  
Schriftführer